

Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis :

Jährlich	20 Rmk.	—	25 fr.
Halbjährlich	11 "	—	13 "
Vierteljährlich	6 "	—	7 "

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN :

BRÜSSEL : 9, rue du Pilote.

LONDON : Scherzer, Rose Street, G.
Greek Street, Soho Square W.

NEUMUNSTER-ZÜRICH : Volksbuchhandlung.

Für AMERIKA : F. A. Sorge, Hoboken.
New-Jersey.

Die Laterne



Preis der Nummer :

Pfennig. — 50 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION : 9, RUE DU PILOTE.
Brüssel.

Die Laterne



Die Motive für den kleinen Belagerungszustand.

Endlich hat sich die preussische Regierung bemißsigt gefunden, die Motive mitzuthellen, auf Grund deren sie sich am 27. October vorigen Jahres zur Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Berlin und Umgegend berechtigt gehalten hat.

Vier Motive sind es, die Graf Eulenburg, unter dessen Verantwortlichkeit die betreffende Massregel erlassen worden ist, geltend macht. Beleuchten wir jedes einzelne dieser vier Motive :

1. „Die auf Grund des Sozialistengesetzes verfügte Unterdrückung der sozialdemokratischen Organe und Vereine war ungenügend, um der sozialdemokratischen Agitation Einhalt zu thun. Die Sozialdemokraten besuchten die Vereine und Versammlungen der anderen Parteien, verkehrten privatim miteinander und liessen Zeitungen und Flugblätter ihrer Richtung im Auslande drucken und heimlich einführen.“

Es dürfte der preussischen Regierung schwer werden, diese tatsächlichen Behauptungen insofern zu beweisen, als sie die Verhängung des Civilbelagerungszustandes rechtfertigen sollen.

Erst nach und gerade weg an der Verhängung des Belagerungszustandes wurden im Auslande zwei Organe der deutschen Sozialdemokratie gegründet.

Most, der in London die „Freiheit“ redigirt, wurde ja unter Hinweis auf

den Belagerungszustand aus Berlin ausgewiesen, und was meine Wenigkeit betrifft, so habe ich in Nr. 1 der „Lanterne“ erklärt, dass ich nur deshalb im Auslande schreibe, weil der Belagerungszustand es mir unmöglich macht, in Berlin zu schreiben.

Ein drittes Blatt, welches unserer Richtung angehört, die „Tagwacht“, erscheint in Zürich und bestand schon Jahre lang, bevor die Eulenburgs in Deutschland herrschten.

Von weiteren Zeitungen und vollends von Flugblättern ist uns nichts bekannt.

Hoffentlich bringt die Regierung andere zum Vorschein, als solche, die in der Staatsdruckerei hergestellt sind.

So sehr wir uns für die Prosperität dieses Instituts interessieren, welches die preussische Regierung für schweres Geld an das Reich verkaufen möchte, weil es seine Kosten nur durch indirekte Subvention aus anderen Bud-

getkapiteln mittels übertriebener
 Druckrechnungen deckt, so möchten
 wir doch nicht, dass der Baumeister,
 den man zum Druckerei-Direktor ge-
 macht hat, weil gerade kein Infanterie-
 General versorgungsbedürftig war, mit
 an der Rettung der Gesellschaft be-
 theiligt werde, sintemal er schon mehr
 als genug an andern Dingen betheiligt
 ist.



Gesetzt aber, die obigen Behauptungen
 wären erweisbar und erwiesen, so würde
 daraus folgen, dass die Regierung den
 Belagerungszustand demnächst auf ganz
 Deutschland ausdehnen wird. Denn was in
 Berlin geschieht, das geschieht überall.

Überall besuchendie Arbeiteröffentliche
 Versammlungen, überall nehmen sie kein
 Blatt vor den Mund, wenn sie unter sich
 sind, und überall lesen sie lieber ein
 Blatt, das ihre Interessen vertritt und die
 Wahrheit sagt, als die

Organe der Regierung und der herrschenden
 Klassen.

..

Überall, nicht blos in Berlin, war und ist die
 Anzahl der Sozialdemokraten überhaupt,
 sowie deren Leiter und Agitatoren eine
 sehr grosse, ihre Zusammenhalten ein
 sehr festes, ihre Theilhaftigkeit eine
 weitumfassende und rührige!

..

Dieses erste Motiv „begründet“ also nicht
 blos den Berliner Belagerungszustand,
 sondern eröffnet uns eine angenehme
 Perspektive auf noch fernere Rettungsthaten
 der Grafen von und zu Eulenburg.

Die drei weiteren Motive sind daher in
 Grunde ein rechter Luxus, und sollen
 eigentlich nur die Grossmuth der
 Regierung zeigen, die dem Reichstag
 seine Zustimmung zu der verhängten
 Massregel möglichst erleichtern will.

Wenn wir demnach die drei anderen Motive noch einer Betrachtung würdigen, so geschieht dies nur, um zu zeigen, dass sie um kein Haar mehr laugen, als das erste und dass mithin der Reichstag, wenn er sich bei den Erklärungen der Regierung beruhigt, und nicht die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt, sich nicht bloß eines ebenso unritzen als brutalen Gewaltstreichs, sondern auch der Verletzung des von ihm selbst votirten Gesetzes mitschuldig macht.

Also weiter im Text.



2. Als zweites Motiv gibt die preussische Regierung an, dass „hiesige (Berliner) Sozialdemokraten mit russischen Nihilisten und anderen Radikalen im Verstande in Verbindung standen.“ Seitdem Fürst Bismarck im Reichstage erklärt hat, „wenn Thiers nicht

die Friedensbedingungen angenommen hätte, so würde sich die kaiserliche Regierung mit der Commune haben inkapport setzen müssen,“ sollten preussische Minister, auch wenn sie von dem Sozialdemokraten Bucher, dem Communisten Brass und dem Radikalen Schramm inspirirt werden, dennoch persönliche Beziehungen, welche etwa dieser oder jener Sozialdemokrat mit irgend einem mit Recht oder Unrecht Radikaler oder Nihilist genannten Ausländer pflegt, etwas weniger rigoros beurtheilen.

Wie können sie denn wissen, ob sie nicht vielleicht selbst bald einmal von irgend einem dieser „Radikalen“ eine Gefälligkeit nöthig haben?

4. Unter allen Umständen ist es ein starkes Stück, die Aufhebung des Domicilrechts gegenüber anderthalb Millionen Menschen damit zu motiviren, dass einige von ihnen mit „russischen Nihilisten und anderen Radikalen“ Briefe gewechselt haben.

Diese Praxis ist offenbar auf jenem modernen Kriegsrecht begründet, nach welchem man ein Dorf anzündet, weil aus einem Hause geschossen worden ist.

Dass man uns wie Eroberte behandelt, geschieht uns recht, aber dass man uns wie Franktirours behandelt, finde ich übertrieben.

..

Nichtsdestoweniger sind wir auf den Nachweis besagter „Verbindungen,“ welche „Berlin und seine Umgebung mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedrohten,“ einigermassen neugierig.

..

Sollte es wahr sein, was man munkelt, dass geflissentlich der Regierung ein „kompromittirender Brief“ in die Hände gespielt worden sei, um ihr einen Vorwand gegen uns zu bieten?

..

Möglicherweise steckt gar nichts da-

hinter, denn wie wir bereits bei Motiv Nr. 1. gesehen haben, macht sich die preussische Regierung keinen Skrupel daraus, ganze Zeitungen zu erfinden, wenn sie welche braucht, um wie viel leichter ein paar Briefe.

..

Möglich auch, dass irgend ein Partogenosse auf seine eigene Faust Politik getrieben hat, wofür man zwar uns Andere nicht verantwortlich machen könnte, was jedoch seitens unserer Vertreter im Reichstag entschieden desavouirt und eventuell gerügt werden würde.



3 Als drittes Motiv führt der „Reichenschaftsbericht für den kleinen Belagerungszustand“ folgenden Umstand an:

„Ueberdies wurde die Absicht, die „Agitation hauptsächlich in Berlin zu „konzentriren, durch den Zugang eines

„der bekanntesten Führer bestätigt,
„und es war zu erwarten, dass dieser
„Vorgang Nachfolge finden werde.“

Aber bestes königlich-preussisches
Staatsministerium, brauchten Sie denn
den Artikel 28, der sich auf das Domi-
zilrecht der Ansässigen bezieht,
um den „Zuzug“ eines Nichtansässigen
und aller ihm etwa Nachfolgenden
zu verhindern?

Aber dieses Recht räumt Ihnen ja
bereits der Art. 22 gegenüber jedem
überwiesenen „Agitator“ für den täg-
lichen Gebrauch ein, auch ohne Be-
lagerungszustand!

Weit entfernt, die bundesrätlich ge-
nehmigte Massregel zu rechtfertigen,
macht das angeführte „Motiv“ dies-
be ja geradezu lächerlich!

Wenn Sie vor den „fremden Agita-
toren“ Angst hatten, so war dies höch-
stens ein Grund für Sie, die fremden
Agitatoren nicht hereinzulassen, oder

sie auf Grund der Nr. 17 bis 20 der Agi-
tation zu überführen und auszuweisen,
nimmermehr aber sechszig unbeschol-
tene ansässige Berliner, darunter einen
Berliner Abgeordnete, ihres Domizils
und ihres Erwerbs zu berauben!



*4. Das vierte und letzte Motiv end-
lich enthüllt selbst dem Naivsten dieses
Ziel, auf welches der Kanzler hinar-
beitet.

Da wird nämlich gesagt, der Belager-
ungszustand sei in Berlin und seinem
viermeiligen Umkreis um so nöthiger
gewesen, „als die Rückkehr des Kai-
sers damals nahe bevorstand und die
„Versuche des Fürstenmords, welche
„kurz vorher in Spanien und Italien
„vorgekommen waren, im Hinblick auf
„die in Berlin vorausgegangenen Atten-
„tate die Anwendung jeder zulässi-
„gen Sicherheitsmassregel zur Pflicht
„machten.“

„Was kann mir der Reichstag auf dieses niederschmetternde Argument erwidern?“ fragt sich der Kanzler triumphierend.

„Er könnte und müsste mir allerdings, der Wahrheit gemäss, antworten, dass der Schlechteste der Ausgewiesenen immer noch ein unendlich besserer Mensch ist als ich, und nicht einmal auf einen Kammerdiener, geschweige denn auf einen König schliessen würde.

Er könnte ferner antworten, dass zweihundert Ausweisungen ein Attentat nicht verhüten haben würden, wenn diese so „fest zusammenhaltende“ Partei je ein solches beabsichtigt hätte.

Wenn mir der Reichstag dies antwortet, so hetze ich meine Reptile in ganz Deutschland auf die Liberalen und lasse die Herren Lasker und von Benigsen als Begünstiger des Fürstenmordes denunzieren.

Billigt der Reichstag umgekehrt die Verhängung des Belagerungszustandes für Berlin, so ist damit ein Präcedenzfall geschaffen, den ich bei der nächsten Gelegenheit gegen die Liberalen selbst verwenden werde.

In beiden Fällen bietet mir also diese Frage ein treifliches Mittel, mein Steuerprojekt durchzusetzen, und das mittels einer neuen Auflösung.“



Der Kanzler arbeitet also auf eine neue Auflösung hin und da er mit derselben wenig Glück haben würde, wenn sich die Neuwahlen um die Zoll- und Steuerfrage drehten, so sucht er dem Reichstag durch die Wiederauführung der Sozialistenhetze ein Bein zu stellen.

Wird ihm dies gelingen?

Zum Fall Fritzsche—Hasselmann.

Unsere liberalen Parlamentarier hatten vorigen Mittwoch Gelegenheit, zu zeigen, ob sie noch so viel Würde besitzen, um auf die cynischen Zumuthungen, die der deutsche Polignac und seine Kuleburgs an sie richteten, eine auch nur halbwegs angemessene Abfertigung zu finden.

Der Versuch der Regierung, den Abgeordneten Fritzsche aus dem Saal zu holen, weil ihn die Polizei aus Berlin, das er im Reichstag vertritt, ausgewiesen hat, hätte in jedem andern Lande als in Deutschland nur ein homerisches Gelächter hervorgerufen; bei uns ist es fast Hochverrath, ein derartiges Unternehmen grotesk zu finden.

Offenbar spekulierte die Regierung darauf, dass diese Frage zu heftigen und lärmenden Scenen im Reichstag Anlass gebe.

Sie wüßte, dass unsere Vertreter recht „mit der Sprache herausgehen,“ um alsdann irgend ein lebhaftes oder scharfes Wort, das etwa einem sozialdemokratischen Abgeordneten ent-schlüpft, zu einem neuen Attentat gegen uns und gleichzeitig gegen die parlamentarische Redefreiheit auszubenten.

Unsere Freunde im Reichstag sind nicht auf diesen Leim gegangen!



Sie sind mit Recht der Ansicht gewesen, dass es der Würde unserer Partei entsprach, unsere Gegner allein miteinander über den Inhalt und die Tragweite eines Polizeigesetzes diskutieren zu lassen, das gegen die Arbeiterbewegung erlassen worden ist und das die Arbeiterbewegung ebensowenig hemmen wird, wenn man es auslegt wie Herr Lasker, als wenn man ihm

Gewalt anthut, wie der Nachfolger des Herrn von Wurmb.

Wie dies nach den übereinstimmenden Erklärungen der Liberalen und der katholischen Presse zu erwarten stand, wurde der Antrag auf Zurückweisung der geforderten Verfolgungserlaubnis mit grosser Mehrheit angenommen.

Die liberalen Blätter glauben höflich zu sein, indem sie den Reichstag zu diesem Beschluss beglückwünschen.

Wir finden, dass der Reichstag noch niemals so grausam insultirt worden ist, als durch die Voraussetzung, dass er sich möglicherweise auch zum Hilfs-transporteur des Herrn v. Madai hätte hergeben können.

Was aber nun?

Können die beiden Justizminister Proussons und des Reichs nach ihrem missglückten Attentat auf den letzten Rest der Verfassung ruhig ihre juristische „Liebedianorei“ fortsetzen und weitere Intriguen des Kanzlers mit dem Rechtsmäntelchen bekleiden helfen, oder müssen sie Herrn Gneist Platz machen, der ihnen am Mittwoch so derb den Kopf gewaschen hat?

Wir lieben Herrn Gneist gewiss nicht, aber in dieser Debatte schien er momentan wieder zu der Klarheit besserer Tage zurückgekehrt zu sein.

Und was wird vor Allem der Grosskophta, der wahre Urheber des Ausweisungsspiels, zu dem Beschluss des Reichstags sagen?

Wenn er noch etwas Gefühl für seine persönliche Würde besitzt, so muss er sich sagen, dass das Votum vom 19. Februar ihn direkt auf die Brust getroffen hat und eine Verurtheilung seines ganzen Regierungssystems ist.

Und diese Verurtheilung ist um so definitiver, als seine eigenen Freunde sie ausgesprochen haben.

Nach einem solchen Flasko sich noch an seinen Posten anklammern zu wollen, hiesse einen Glauben an seine Unentbehrlichkeit kundgeben, der noch kräftiger wäre, als der ihm vom Reichstag gelieferte Beweis seiner Ueberflüssigkeit.

Zum Maulkorbgesetzentwurf.

Manche Parteigenossen werden sich die Frage vorlegen, ob die sozialistischen Abgeordneten sich bei der Berathung des speziell auf sie gemünzten Maulkorbgesetzes gleichfalls nicht an der Debatte betheiligen sollen.

Um was handelt es sich denn?

Man könnte behaupten:

„Es handelt sich um eine bloße Ergänzung des gegen uns gerichteten Ausnahmegesetzes, und diese Frage geht nur Diejenigen an, die jenes Gesetz haben machen helfen, nicht aber Diejenigen, gegen welche es gemacht worden ist.“

Seit wann redet das Huhn mit über die Suppe, in der es gekocht werden soll?

Mögen das die Herren Köche unter sich ausmachen!

Sich an der Debatte über das neue Gesetz betheiligen, hiesse das frühere acceptiren.“



Das Raisonement klingt sehr plausibel, ist aber grundfalsch.

Dass unsere Vertreter das Ausnahmegesetz nicht gutheissen werden, ist selbstverständlich, weil dasselbe, wenn auch nicht dem Interesse unserer Par-

teif, so doch unseren Grundsätzen zuwiderläuft.

Selbstverständlich ist ferner, dass unsere Abgeordneten bei jeder Gelegenheit für den Rechtsstandpunkt, für das natürliche Recht des Volkes eintreten und demgemäss gegen das frühere Gesetz, welches diesem natürlichen Recht widerstreitet, protestiren werden.

Allein sowenig als diese Pflicht sie früher abgehalten hat, sich rüstig an den Debatten über die Gewerbeordnung und andern Vorlagen, sowie über das Ausnahmegesetz zu betheiligen, ebenso wenig werden sie jetzt die Fiinte ins Korn werfen und sich in einen Schmollwinkel zurückziehen.

Es handelt sich nicht um ihre Personen und nicht um die Partei, sondern

um ein Recht der Wähler und des ganzen Volkes, und der Umstand, dass durch die Schuld der herrschenden Parteien bereits 75 Prozent dieses Rechts verkümmert worden sind, kann für unsere Vertreter kein Motiv sein, an den kärglichen Rest preiszugeben, denn sie sind berufen, nicht blos das entzogene Volksrecht zurückzufordern, sondern auch das noch vorhandene Stück zu vertheidigen.

Dies ist es ja gerade, was unsere Partei von den "Anarchisten" unterscheidet, dass wir nicht auf den Pessimismus spekuliren, dass wir keine Enthaltungspolitik treiben.



Wir sind natürlich weit davon entfernt, unsern Freunden irgend welche Vorschriften machen zu wollen, aber wenn die Presse nicht dazu da wäre,

in solchen kritischen Momenten eine Meinung zu äussern, zu was wäre sie dann sonst da?

Auf jeden Fall aber sind wir im Voraus von dem Einen überzeugt, dass unsere Vertreter, entsprechend der Wichtigkeit der Sache, als geschlossene, stramm disziplinierte Gruppe, wie ein Mann auftreten, und nach einem gemeinsamen Plan, dem sich alle sozialistischen Abgeordneten zu unterwerfen haben, den Kampf für die Freiheit ihrer Rede und für ihre parlamentarische Unverletzlichkeit aufnehmen werden, einen Kampf, der zugleich ein Kampf für die Rechte und die Befreiung des deutschen Volkes ist!



Waldheim—Döbeln.

Am künftigen Mittwoch, den 27. d. M. findet im sächsischen Wahlkreise

Waldheim-Döbeln eine Nachwahl zum Reichstag statt.

Bei der letzten Wahl hatte unser Freund Burekhardt 5028, die vereinigten Gegner 644 Stimmen. Die Stellung der Partei ist also hier an sich günstig, natürlich wird aber hier das Sozialistengesetz nicht nur aufs Strangste angewendet, sondern auch noch sonst allerlei Willkür getrieben, um die Arbeiterpartei niederzuhalten. Mögen die Wähler des Waldheimer Wahlkreises festhalten und dem Kanzler einen tüchtigen Denkwort geben! Er hat zwar von Mannheim, Apolda, Breslau u. anderen Städten bereits ganz artige Sträuße von sozialdemokratischen Vergleichsmeinnichts zugeschiekt bekommen, aber das hat rein gar nichts geholfen. Man muss also noch deutlicher werden.

Unser wackerer Genosse Burekhardt ist zugleich Arbeiter und Künstler; seiner schönen Kunst verdankt die arbeitende Klasse jene feine und ori-

ginell ausgeführten Holzschnitte, die unsere „Neue Welt“ mit zum Muster eines illustrierten Volksblattes gemacht haben.

Anstatt die Zahl der Mameluken im Reichstag ~~unmöglich~~ um einen zu vermehren, werden die Wähler von Waldheim-Döheln unsern um das deutsche Volk wohlverdienten Burekhardt nach Berlin schicken; sie geben damit dem Kanzler zu verstehen, dass nicht er die Civilisation und wir die Barbarol vertreten, sondern umgekehrt, und dass er dem Volk einen recht grossen Dienst erwiese, wenn er sein Bündel schnüren wölte.

Die Siegeshosen.

Die Berliner Offiziosen suchen den Sieg, welchen die Zulukaffern über die Engländer davon getragen haben, aus dem Umstande zu erklären, dass nach dem deutsch-französischen Kriege mas-

sonhaft deutsche Monturstücke nach Afrika exportirt worden seien

Ein Reptil treibt seinen Enthusiasmus so weit, die „Zulukaffern“ eine „schwarze Abart der preussisch-deutschen Armee“ zu nennen.

Diese Anwendung des Sprücheworts, dass „Kleider Leute machen,“ ist zwar neu, aber weder für das Feldherrngenie des Grafen Moltke, noch für uns Deutsche im Allgemeinen besonders schmeichelt, und aussordern ein gewichtiges Argument für die Herabsetzung der Dienstzeit.

Ich kann unmöglich annehmen, dass die Kaffern intelligenter sind als meine Landsleute.

Andererseits steht es fest, dass unsere

schwarzen Brüder nicht nach dem preussischen Militärreglement ausgebildet werden.

Zuverlässige Reisende, die das Kaffernland nach allen Richtungen durchwandert haben, vermochten in demselben nirgends eine Kaserne, nirgends eine Festung, ja nicht einmal einen Bezirksfeldwebel zu entdecken.

Von Patrouillendienst, von Posten stehen, von strengem Arrest, von Nachexerziren, von Kantarenhieben, und ähnlichen Süßigkeiten des militärischen Lebens hat diese unzivilisirte Nation nur sehr entfernt reden hören.

Was das Lederzeug betrifft, so pflegen die Kaffern nur ihre eigene Haut mit Fett zu beschirmon.

Wenn also die Kaffern, Dank unseren abgelegten Siegeshosen, die mit allen Hilfsmitteln ausgerüsteten Engländer in die Pfanne gehauen haben, so beweist dies, dass wir alljährlich für unser stehendes Heer 500 Millionen

Mark rein zum Fenster hinauswerfen und dass die dreijährige Dienstzeit nicht etwa auferlegt wird, um uns kriegstüchtig und widerstandsfähig zu machen, sondern im Gegentheil, um uns in Geschöpfe zu verwandeln, die alles Beliebiges willenlos mit sich treiben lassen.



Hiernach wird man es erklärlich finden, dass Herr Doctor Max Hirsch das Verlangen der Herabsetzung der Dienstzeit inopportun findet.

Schon jetzt beginnen die Arbeiter selbstständige Meinungen zu haben und sich die aufdringliche Vormundschaft des genannten Herrn zu verbitten.

Sie wagen es sogar, ihm zu erklären, dass eine Persönlichkeit, die 1867 im Auftrag der reaktionären preussischen

Regierung nach England gereist ist, um das Modell zahlreicher Gewerkschaften zu studiren, nicht der geeignete Mann dafür ist, die Interessen der Arbeiter gegenüber derselben reaktionären Regierung wahrzunehmen.

Wenn sich schon jetzt, unter dem Druck, den das preussische Militärsystem auf die Schädel ausübt, derartige Regungen von Selbstständigkeit geltend machen, wie würde es erst aussehen, wenn die deutschen Armeneinrichtungen nach dem bewährten Muster des siegreichen Kaiserthums reformirt würden?

Der fortschrittliche Verein Waldeck wird also gut thun, seine Opposition gegen die politischen Bestrebungen des Herrn Dr. Max Hirsch aufzugeben, wenn er nicht Gefahr laufen will, als ein Ableger der Sozialdemokratie behandelt zu werden.

Dieser Herr hat Einfluss in den Vorzimmern der Minister, und seine Denunziationen im „Gewerkverein“ haben nicht wenig dazu beigetragen, Vorwände für die Ausnahmegesetzgebung zu liefern.

Man hüte sich vor seinem Zorn; er hat auch Siegeshosen an!

Carl Hirsch.

Kleine Mittheilungen.

Die gutgesinnten Blätter bringen täglich Meldungen über angebliche Spaltungen im Schoosse der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter. Wir sind in den Stand gesetzt, zu erklären, dass alle derartigen Mittheilungen auf Erfindung beruhen. Niemals war die Einigkeit grösser als jetzt in unserer Partei. Unsere Gegner nehmen ihre frommen Wünsche allzuleicht für Wirklichkeit.

Von der nächsten Nummer an wird der bisherige Herausgeber der „Laternen“, unser Freund Goetschalk, auch die Redaktion übernehmen. Von einer Anzahl bewährter Parteigenossen in und ausserhalb Deutschland unterstützt, wird er das Blatt ganz im bisherigen Geiste weiterführen.

Ein gewisser **Laufer**, Weissgerber aus Berlin, früher in Augsburg und der Schweiz wohnhaft, gibt sich für einen verfolgten Redakteur des „Augsburger Volkswille“ aus. Er ist noch nie Redakteur gewesen und überhaupt kein politischer Flüchtling, sondern ein Schwindler. Dies zur Warnung.

Literarisches.

„Die neue Gesellschaft.“ Monatschrift für Sozialwissenschaft. (Zürich, Verlag der „Neuen Gesellschaft“.)

Das vor uns liegende fünfte Heft des zweiten Jahrganges (1878/79) enthält:

Das allgemeine Wahlrecht. I. Die Volkssouveränität und das allgemeine Stimmrecht von Historicus. — Der Sozialismus und die Kunst, von M. Wittich. II. — Die deutsche Volksschule eine Quelle des Classenhasses von C. Lübeck. — (Eine Zeitbetrachtung an der Hand eines schweizerischen Schulgesetzesentwurfes.) — Zur Philosophie des Parteiwesens von Dr. Leonhard Freund. I. — Das Unterhändler-Unwesen. Ein Streiflicht auf unsere Gesellschaftsverhältnisse von A. Moralt. — Rezensionen von C. Lübeck. — Aufruf und Bitte an unsere Leser und Leserinnen. Mittheilungen der Redaktion.

Preis vierteljährlich Mk. 3. — Fr. 3.75. — fl. 1.80. Man abonniert bei der Expedition der Zeitschrift in Zürich.

Auch wir sind gern bereit, Abonnements zu vermitteln.

Briefkasten.

„H.“ Die 15 Mark richtig erhalten; wir haben längst durch einen benachbarte Freund den Empfang angezeigt.

Die übermichste Nummer der Listerne wird wieder anderthalb Bogens stark — 48 Seiten anstatt 32 — erscheinen.

Wie wir bereits neulich angekündigt wird das Blatt binnen Kurzem diesen vergrößerten Umfang dauernd beibehalten, ohne Preiserhöhung.

Für die nothleidenden Familien.

Von vlämischen Parteigenossen 3 Fr.
37 Cms.

Zusammen 53 Fr. 69 c.

Herausgeber Fr. Gotschalek — Brüssel.